Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich: vierteljährl. ℳ 6. Man abonnirt ferner mit entsprechendem Postaufschlag bei den Postanstalten in der Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Schweden und Norwegen, Rußland, den Donaustaaten, der Europäischen Türkei, Egypten. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur unter Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.

Filialen:
Alfred Hahn vorm. O. Klemm's Sortim., Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 36. Sonntag den 20. Januar 1901. 95. Jahrgang.

Aus der Woche.

Das preußische Krönungsjubiläum ist ohne Störung verlaufen. Die tiefsinnigen Auseinandersetzungen klerikaler Vaterlandsfreunde, daß man aus diesem Anlaß nicht zu viel verlangen dürfe, weil es sich doch um ein preußisches, nicht um ein deutsches Fest handele, sind gegenstandlos geworden durch die freudige Würdigung der nationalen Bedeutung der Erinnerung an den 18. Januar 1701 in der gesammten nicht reichsfeindlichen Presse. An ernst zu nehmenden Mißtönen hat es allerdings nicht gefehlt, sie wurden aber in wohlmeinenden preußischen Organen laut. So hat z. B. der „Hannoversche Courier" im Anschluß an eine allgemeine Betrachtung über das unausgesetzte Berliner Feiern bemängelt, daß bei den Anordnungen für das Krönungsfest der Befehlston zu sehr durchgeklungen habe. Das ist ein Echo von Stimmen in der preußischen Volksvertretung, und zwar durchaus nicht nur von demokratischen Stimmen. Aber in Abgeordnetenkreisen hat man nicht das Bedürfniß gehabt, ein Gefühl der Kränkung öffentlich zu verrathen, und das genannte Blatt hat mit seinem Tadel seine Freunde kaum zum Danke verpflichtet. Man sollte, und das ist in diesem Falle auch die Meinung der Conservativen, Prunk- und Festsachen nicht zu ernst nehmen, am wenigsten dann, wenn sie außer der Stiftung eines neuen Ordens kaum etwas Bleibendes hinterlassen. Ein nicht particularistisches bayerisches Blatt ist in den Fehler des Suchens nach Tadelsgründen noch viel tiefer verfallen, als das hannoversche. Es regte sich außerordentlich darüber auf, daß für den 18. Januar ein Festspiel „Der Adlerflug" — natürlich aus der Feder des Herrn Lauff — angekündigt war mit dem Zusatz, daß das Theaterstück „seine Entstehung einer Anregung des Kaisers verdanke". Aus diesem Zusatze, an den man von beinahe unzähligen malerischen, bildhauerischen, musikalischen und literarischen Productionen im In- und im Auslande gewohnt ist, wurden nun die merkwürdigsten diplomatischen und bundespolitischen Bedenken geschöpft. „Unter den vielen fürstlichen Abgesandten aus allen Theilen unseres Continents, die der Vorstellung beiwohnen würden", so wurde gesagt, „befinden sich auch die Vertreter solcher Staaten und Dynastien, deren Wappenthiere einst brüllend und fauchend und zischend gegen den einköpfigen schwarzen Adler sich erhoben und ihm den Weg zu verlegen gesucht haben; sie werden das, was man ihnen zu sehen und zu hören giebt, mit kritischerem Blick und schärferem Ohr entgegennehmen, als das altpreußische Gros des Auditoriums", und „eine durchaus befriedigende Lösung" ist „fast unmöglich". Das Blatt ist jetzt wohl beruhigt, das Theaterstück hat sich abgespielt, ohne daß irgendwie eine Verstimmung eingetreten wäre, auch im „Inlande" nicht, wie gleichfalls, treu besorgt, befürchtet worden war. Nur wegen dieser Warnung vor dem Inlande und weil sie wegen dieses Hinweises auf das Inland im Auslande unwillkommene Beachtungen gefunden, haben wir uns bei dieser kleinlichen Bemäkelung länger aufgehalten.

Tact empfiehlt sich in bundespolitischen Dingen immer und, mit Verlaub, auch Consequenz. Dasselbe Blatt, das, wie vorstehend mitgetheilt, an eine vom Kaiser notorisch gewollte Theaterpoesie eine hochpolitische — wir haben nur einen sehr kleinen Theil wiedergegeben — Betrachtung anknüpft, dasselbe Blatt, es ist die „Münchner Allgemeine Ztg.", entrüstet sich gleichzeitig darüber, daß man zu viel Notiz von Aussprüchen des Kaisers nehme; es sei, so meint es, ein Unrecht, nicht auch den Regierenden das Recht zu lassen, das in dem Worte beansprucht wird: „Mein Haus ist meine Burg". An diese Schulmeisterei werden verdächtigende Bemerkungen über die Beweggründe der „Registrirung" von monarchischen Aussprüchen geknüpft. Dazu paßt es nun schlecht, daß dieselbe Münchner „Allgemeine Zeitung" in diesen Tagen sich sehr viel darauf zu Gute gethan hat, ein Wort des Königs Albert von Sachsen reproduciren zu können, und dabei war dieses — allerdings sehr gute — Wort längst bekannt.

Zum preußischen Jubiläum glauben wir noch nachtragen zu sollen, daß das süddeutsche Centralorgan sich zwar in der gehässigsten Weise über die Erinnerung ausläßt, ihr aber in einer Nummer — abgesehen von der gestern mitgetheilten anerkennenden Localnotiz über das sociale Königsthum der Hohenzollern — zehnundeinhalb Spalten, durchweg tendenziösen Inhalts natürlich, wohlgezählt, widmet. Daraus ergiebt sich, daß die Socialdemokratie Veranlassung hat, altpreußische Ueberlieferungen zu fürchten.

Die Woche hat in Berlin wieder zwei Parlamente in Arbeit gesehen, aber die Ausbeute ist überaus dürftig. Im Reichstage wurde fast ausschließlich socialdemokratisches Garn gesponnen, ohne daß etwas Fruchtbares zu Tage gefördert worden wäre, außer einer Erklärung des Herrn Möller, die wir schon erwähnt, aber wegen der Bedeutung, die sie uns zu haben scheint, ausführlicher wiedergeben möchten. Der nationalliberale Abgeordnete erklärte:

Dem socialpolitischen Programm des nationalliberalen Fractionsredners stimme ich in den meisten Puncten bei, allerdings bestehen einzelne Unterschiede zwischen meiner Auffassung und der des Abgeordneten Bassermann. Der Abgeordnete Bassermann betont mehr das ethische Moment. Aber wir sind uns alle einig darüber: Wir wollen nicht still stehen auf dem Gebiete der Socialpolitik, wir sind alle darauf stolz, daß wir zweifellos allen anderen Ländern in Bezug auf den Arbeiterschutz bereits um viele Pferdelängen voraus sind. In keinem anderen Lande wird so gearbeitet, wie bei uns, in keinem Lande wird so darauf gesehen, daß auch die Gesetze durchgeführt werden.

Die beiden Gesichtspuncte, daß Deutschland überhaupt — man denke an die so opferheischenden Versicherungsgesetze — allen anderen Ländern weit voraus ist, und der weitere, daß unsere socialpolitischen Vorschriften keine Schanzenrichte sind, sind in der That die ausschlaggebenden für die Bemessung des Tempos bei dem von Herrn Möller und von allen anderen Nationalliberalen als selbstverständlich erachteten Weiterschreiten auf dem Wege der Weiterbelastung der Arbeitgeber.

Im preußischen Abgeordnetenhause hat die erste Berathung des Etats stattgefunden. Sie war noch matter als ihre Vorläuferinnen, so kraftlos, daß die „Nationalztg." dafür eintritt, man solle diese Generaldebatten, die sich an den Etat knüpfen, den früheren Adreßdebatten in den Orkus folgen lassen. Wir möchten allerdings der Preisgabe der Form das Wort nicht reden. Sie ist an sich geeignet, der öffentlichen Meinung an berufener Stelle Gehör zu verschaffen, und wenn sie heute keinen Inhalt hat, so liegt das nicht an dem Gefäße, sondern an der Zaghaftigkeit Derer, die in dieses Gefäß den goldenen Wein ihrer innerer Ueberzeugung von den Grundmängeln des deutschen öffentlichen Lebens zu gießen die Pflicht haben. Diese preußische Etatsdebatte ist nicht der Rede werth; der äußere Anlaß, den sie zur Erörterung der Polenpolitik gab, soll demnächst von uns benutzt werden.

Ob „gesteigert" oder „gesichert", die Linke ist und bleibt ungehalten über die Audienzlassung, die der Kanzler und Ministerpräsident in vergangener Woche im Landtage zu der landwirthschaftlichen Zollfrage gethan hat. Es ist der Ton, der eine ihr mißtönige Musik macht. „Laues Säuseln überall, aber nirgends brausender Sturmwind, der das Aufziehen eines drohenden Wetters mit nachfolgender Luftreinigung verkünde. Eine wahre Stickluft herrscht, aber man schraubt ängstlich Fenster und Thüren zu, anstatt sie zu öffnen. Soll es wirklich so weiter gehen?" So die „Frankfurter Zeitung", die aber für ihre Erregung viel näher wohnende Adressaten hätte, als den Grafen Bülow. Die württembergische Demokratie, ihre Gesinnungsgenossen, machen auch die Fenster nicht auf, sie sind vielmehr entschieden für eine weitere Verdickung der Luft durch Erhöhung von Schutzzöllen. Ja, die Welt liegt im Argen.

Der Krieg in Südafrika.

Vor Krüger's Abreise aus Transvaal.

(Schluß.)

Nach einem zehntägigen scharfen Ritt, nicht ohne interessante Zwischenfälle und Begegnungen mit englischen Truppen, die den Präsidenten fangen wollten, langte Präsident Steijn und seine kleine Gesellschaft bei Präsident Krüger an. Sofort begannen die gemeinsamen Berathungen, deren ersten traurigen Stoff ein Schreiben an Lord Roberts vom 2. September 1900 lieferte. Als ich am Abend des 3. September Präsident Steijn in seinem Salonwagen aufsuchte, sagte der sonst stets heitere, freundliche Mann ernst: „Hier ist die letzte Nachricht von den Englischen, sie wollen uns jetzt alle Frauen und Kinder herausfenden ins Buschfeld", und hierbei gab er mir den genannten Brief, in welchem Lord Roberts wörtlich schreibt, er würde seine Pflicht gegen seine nationalen Interessen nicht thun, wenn er den Frauen und Kindern seiner Feinde fernerhin gestatten würde, in den von ihm besetzten Gebieten zu bleiben. Er werde deshalb alle Frauen und Kinder, beginnend mit der (alten, kränklichen) Frau des Präsidenten Krüger und den anderen Frauen und Kindern in Pretoria, ihnen in das Buschfeld herausfenden und sie möchten Vorbereitungen treffen für den Empfang und die Unterkunft ihrer Familien. „Diese Maßregel", so schloß Roberts sein Schreiben, „ist mir sehr zuwider, allein sie ist mir aufgezwungen durch die offenbare Entschlossenheit von Ihnen und Ihren Burghers, den Krieg fortzusetzen, nachdem aller Zweifel über dessen künftiges Ende aufgehört hat." Ich brauchte einige Zeit, um mich zu fassen und zu erholen von dem Eindruck dieses Briefes. Er hätte einem Franz Moor Ehre gemacht. Die Männer sollten mitansehen müssen, wie ihre Frauen und Kinder in der Wildniß und Fieberluft des Buschfelds in Folge Mangels an Ernährung und Unterkunft langsam zu Grunde gehen, das war der schöne Gedanke des Schreibers. Was thun? Präsident Steijn meinte ruhig: „Unsere Frauen werden auch das ertragen. Und wer sterben soll, wird sterben. Wir Männer werden weiterkämpfen." Es lag etwas Großes in diesen einfachen, ernsten Worten. So läßt der Krieg die Kraft erscheinen im Leiden und Ertragen, wie im Handeln. Als Christian Dewet auf obigen Zuge seine seither auch „kriegsgefangen" gemachte Frau wiedersah, fragte er sie, was nun aus ihr werde, wenn er weiterkämpfe; damals war schon seine Farm zerstört, und die Engländer begannen die Frauen und Kinder zu mißhandeln, um die Männer dadurch zum Nachgeben zu bringen. Die Frau Dewet's erwiderte: „Kämpfe Du ruhig weiter; wenn wir nichts mehr zu essen haben, gehe ich mit den Kindern Ameisen graben."

Meinen Gedanken, die von Lord Roberts herauszusendenden Frauen und Kinder wenigstens zum Theil nach Europa zu senden, fand Präsident Steijn kaum ausführbar; immerhin aber sprach er die Hoffnung aus, man könnte vielleicht durch Hinaussenden eines Theils die grausame Maßregel des englischen Befehlshabers zur sofortigen Kenntniß der gesitteten Mächte bringen, und sagte, wir wollen einmal zu Präsident Krüger gehen und seine Ansicht hören. Dieser, der in seinem Salonwagen saß und sein Pfeifchen rauchte, war noch längerem Hin- und Herreden damit einverstanden, wenigstens die Alten, Kranken und Schwachen hinauszusenden und zunächst einmal bei Consul Pott in Lourenço Marquez, wegen der Möglichkeit, einen Dampfer zu bekommen, anzufragen, um dann die Sache vor den ausführenden Rath zu bringen. Demzufolge diktirte Präsident Steijn dem Sekretär des Präsidenten Krüger, Fr. Eloff, die Depesche an Pott. Obwohl der Plan dann deshalb nicht ausgeführt werden konnte, weil Roberts die Frauen und Kinder nicht aussetzte, so lange die Delagoabai noch offen und damit ein Fortschaffen derselben möglich war, so ist doch das Hauptmotiv desselben eine bezeichnende Aeußerung des immer bei den Boeren wiederkehrenden Gedankens, daß die gesitteten Nationen dies Alles doch nicht stillschweigend mit ansehen können. Daß sie dies thun, kann der schlichte Sinn dieser Bauern nicht verstehen.

Ein weiterer Gegenstand der gemeinsamen Berathungen war die Reorganisation der Streitkräfte der beiden Republiken, oder besser gesagt, die Einführung von Organisation und Disciplin überhaupt, mit welcher der geniale Dewet schon seit der Schlacht bei Bethlehem (6. und 7. Juli 1900) langsam begonnen hatte. Ueber diese interessante Entwickelung, die den ganzen bisherigen Verlauf des Krieges, wie auch den Boeren selbst verstehen hilft, muß ich mir vorbehalten, ein ander Mal gesondert zu schreiben. Hier möchte ich nur noch des letzten Gegenstandes der gemeinsamen Berathungen beider Präsidenten und Regierungen kurz gedenken, der Reise des Präsidenten Krüger. Sie war veranlaßt durch einfache Rücksichten der Zweckmäßigkeit. Mit der bevorstehenden Einnahme des letzten Stücks der Delagoabahn war für den Präsidenten die Wahl nöthig, ob er nun auch, wie dies Präsident Steijn, Staatssekretär Reitz, Schalk Burger u. s. w. schon lange thun, mit einem der Commandos im Lande ziehen oder ins Ausland gehen will. Gegen ersteres sprach das Alter, die Gesundheit und vor Allem auch die körperliche Schwerfälligkeit und Schwerhörigkeit des Präsidenten; er hätte den Strapazen des Lagerlebens erliegen oder gar in die Hände des Feindes fallen können. Für letzteres sprach die Hoffnung auf diplomatische Erfolge, insbesondere die officielle Anerkennung des Präsidenten als Präsidenten der von England „annectirten" Republik durch die neutralen Mächte. Es war weder eine Flucht, noch ein letzter verzweifelter Appell an die Mächte. Daß Präsident Krüger letzteres nicht nöthig hatte, wußte er und seine Burghers schon in Nelspruit, und über die Aussichten auf Intervention war er von der Sondergesandtschaft klar informirt. Aber die Welt ist durch England hinsichtlich der Reise des Präsidenten Krüger ebenso getäuscht worden, wie hinsichtlich des Verlaufs des Krieges überhaupt. So unwahr es gewesen ist, daß Lord Roberts je etwas mehr als die Bahnlinien und die daran gelegenen Plätze in den beiden Republiken erobert hat, so ist jetzt unwahr, wenn Kitchener telegraphirt, er habe alle Truppen auf die Bahnlinien concentriren und das übrige Land aufgeben müssen. Wie die englische Sprache in Südafrika nach hundertjähriger Herrschaft im Frieden nicht über die Bahnlinien und die daran gelegenen Plätze hinaus ins Innere des Landes gekommen ist, so ist seine militärische Herrschaft in diesem Krieg auch an der Bahnlinie stets gehangen. Darum wird immer wieder um die „verdammte Eisenbahn" gekämpft werden, und zwar so lange, als England es aushalten will oder kann. (Schwäb. Merk.)

Von Pretoria

wird gemeldet, daß die Stadt mit britischen Truppen vollgepfropft ist, und daß das englische Hauptquartier unter Kitchener's persönlicher Leitung „mit fieberhafter Eile die Vorbereitungen für den erwarteten größeren Zusammenstoß mit den unter Botha und Dewet vereinigten Boeren trifft. — Im Uebrigen nimmt das systematische „Einsammeln" und Zusammentreiben der sämmtlichen Boerenfamilien mit ihren Viehbeständen in den Außendistricten seinen Fortgang, und zwar mit der bereits sattsam bekannten Rücksichtslosigkeit und „Brutalität." An allen passenden Puncten sind große Lager hergerichtet worden, in denen die Boerenfamilien freiwillig oder unfreiwillig unter schärfster Bewachung gehalten werden, und in dieser Gefangenschaft im Großen, bei sehr kleinen Rationen und beschränkter Bewegungsfreiheit, einen guten Vorgeschmack der Wohlthat des britischen Regimes bekommen.

Die Wirren in China.

Amerikanische Sonderbündelei.

Die Unionsregierung glaubt wieder einmal der chinesischen Action der Mächte hilfreich unter die Arme greifen zu sollen. Im Ministerrathe zu Washington wurde, wie von dort gemeldet wird, vorgestern ein neuer Antrag an die cooperirenden Regierungen berathen, und zwar soll derselbe dahin gehen, daß nach erfolgter Ratification der Friedensnote durch die chinesischen Bevollmächtigten nunmehr den Wünschen Chinas, betreffs Einstellung der militärischen Operationen entsprochen und demgemäß die verbündeten Truppen baldmöglichst aus China oder wenigstens aus der Nähe von Peking zurückgezogen werden sollen. Es gehört, schreibt die „Münchner Allg. Ztg.", die zähe Ausdauer der Yankee-Rasse dazu, um sich nach so viel Mißerfolgen, welche Amerika mit seinen Vorschlägen zur Chinapolitik schon erlebt hat, die immer wiederholte Aufwärmung alter Vorschläge nicht verdrießen zu lassen. Die Idee, daß Petschili noch vor der endgiltigen Unterwerfung Chinas unter den Willen der Mächte zu räumen sei, ist bekanntlich russischen Ursprungs und wurde in der vielerwähnten Note der russischen Regierung vom 25. August zum ersten Male propagirt. Rußland wollte mit seinem Vorschlage China einen Beweis seiner unveränderten freundnachbarlichen Gesinnung geben und Amerika will nun, indem es den russischen Vorschlag sich zu eigen macht, Rußland und China zugleich für sich gewinnen. Bei Rußland speculirt es auf commerzielle Vortheile, und von China erhofft es Vergeltung etwa in Form einer späteren Land- oder Hafenconcession. Inwieweit es bezüglich Rußlands etwa auf seine Rechnung kommt, ist noch nicht klar geworden, bei China hat es bisher jedenfalls wenig Gegenliebe und Erkenntlichkeit gefunden; alle seine Bemühungen, einen vortheilhaften Sonderfrieden abzuschließen, sind vielmehr fehlgeschlagen. Voraussichtlich wird auch der jetzige Versuch, China einen guten Dienst zu erweisen und sich dieses dadurch zu verpflichten, fehlschlagen. Denn was man China zu Gefallen durchsetzen möchte, wird sicherlich nicht geschehen, d. h. die in China militärisch vertretenen Mächte werden sich nicht dazu verstehen, die Occupation Nordchinas schon jetzt, wo nur erst die formellen Vorfragen für den Friedensschluß erledigt sind, die Friedensbedingungen im Einzelnen noch nicht feststehen, und noch keine Gewähr für ihre schließliche Erfüllung geschaffen ist, aufzugeben. Amerika für sich ist aber gar nicht in der Lage, China durch einen Verzicht hinsichtlich der militärischen Action sein Wohlwollen zu documentiren, da es kaum noch über eine nennenswerthe Truppenzahl in China verfügt, mit deren Zurückziehung es diesem eine Annehmlichkeit bereiten könnte. Eben dieser Umstand, daß Amerika schon lange bei den militärischen Operationen am wenigsten mithut, dürfte es auch in den Augen der anderen Mächte am wenigsten zum Mitrathen in diesen Dingen berufen erscheinen lassen.

* **Karlsruhe**, 18. Januar. Die soeben erschienene „Südd. Reichscorresp." enthält folgende, offenbar inspirirte bedeutungsvolle Mittheilung:

Die nunmehr bevorstehende Eröffnung der auf die Lösung zum Theil schwieriger Einzelfragen gerichteten Friedensunterhandlungen mit China wird die gemeinschaftliche Arbeit der Großmächte in Asien noch vermehren. Ein angedeutetes Abspringen einzelner Regierungen von den vereinten Bemühungen ist kaum mehr zu besorgen. Denn es handelt sich um Streitfragen, die vom besonderen Interessenstandpunct jeder einzelnen Macht einer praktischen Entscheidung bedürfen, und wenn die Mächte für diese Entscheidung auch mit einander nicht leicht, so können sie doch gegen einander überhaupt nicht dafür wirken. Das Maß der wechselseitigen Rücksichtnahme im Dienste gemeinsamer Friedensaufgaben wird sich noch erhöhen. Selbst die voraussichtlich längere Dauer der Gesammtarbeit in Peking brauche insofern nicht beklagt zu werden, als durch die Nothwendigkeit, in Asien ein ungestörtes Concert zu behalten, auch andere den Keim zu Verwicklungen bergende Fragen zurückgedrängt werden, zu deren vorzeitiger Aufrollung die gegenwärtige Inanspruchnahme der britischen Macht für Südafrika und die unruhige Thätigkeit gewisser Balkanpolitiker sonst vielleicht Anlaß geben könnten. Als Symptome solcher Thätigkeit sind die falschen Aufstreuungen über antirussische Bündnißbestrebungen im Orient unter angeblicher deutscher Förderung, sowie die neuerlichen Denunciationen der französischen Presse gegen Oesterreichs Vordringen auf dem wirthschaftlichen Expansionswege nach Salonichi und die Klage englischer Blätter über die Lage in Mazedonien, wie über die Unwirksamkeit des russisch-österreichischen Balkan-Abkommens in Verbindung mit der rührigen Agitation bulgarischer Vereine nicht unbeachtet geblieben. Einstweilen haben diese Signale nur die erwünschte Wirkung, die Wachsamkeit der Großmächte, die in Europa den Frieden nicht erschüttern lassen wollen, zu verschärfen. Und so werden auch noch der diesjährigen Schneeschwelle am Balkan die Wasser sich wohl geräuschlos verlaufen.

* **Berlin**, 19. Januar. Gegenüber den in auswärtigen Blättern neuerdings aufgetauchten Berichten aus Shanghai mit einer Wiederholung der Behauptung, daß die Yorck'sche Expedition in Kalgan eine Niederlage erlitten und Graf Yorck Selbstmord verübt habe, stellen die „Berl. Neuest. Nachr." die Grundlosigkeit dieser Behauptung fest. Durch die amtlichen Ermittelungen ist erwiesen, daß der Tod des Obersten infolge von Einathmen kohlenoxydhaltiger Gase erfolgte.

* **Berlin**, 19. Januar. Die „Berliner Correspondenz" schreibt: Nach einer Depesche vom Commando des Ostasiatischen Expeditionscorps ist das Unglück beim Salutschießen zur Jahreswende im Peitangfort dadurch herbeigeführt worden, daß nach einem Schlagohrverlagre mit Feuererscheinung der Verschluß des eroberten Küstengeschützes zu frühzeitig geöffnet wurde. Die Vorschrift sagt ausdrücklich, daß eine ganz bestimmte Zeit nach einem derartigen Versager mit dem Oeffnen des Verschlusses gewartet werden soll, um sich zu vergewissern, daß die Kartusche durch die Schlagröhre nicht in Brand gesetzt ist. Oeffnet man also den Verschluß zu zeitig und ist die Kartusche doch in Brand gerathen, so schießt der starke Feuerstrahl derselben rückwärts und seitwärts heraus und kann der Bedienung große Gefahr bringen, wie es bedauerlicherweise in diesem Falle geschehen ist. Dazu kam noch, wie es in dem Telegramm heißt, infolge Fahrlässigkeit der Bedienung, daß dieser Feuerstrahl den in der Nähe befindlichen Kartuschenraum in Brand setzen konnte, wodurch das Unglück natürlich noch bedeutend verschlimmert wurde. Das Geschütz war eine eroberte 15-Centimeter-Kanone. Die Nachricht einiger Tagesblätter, daß es sich um ein schweres Feldhaubitzenrohr der deutschen Fußartillerie handle, bestätigt sich also, wie vorauszusehen war, nicht.

Deutsches Reich.

* **Leipzig**, 19. Januar. Ueber den Rechtsstreit ehemaliger Militäranwärter gegen den Reichspostfiscus wegen Nachzahlung von Gehaltsbezügen bringt die „D. Verkehrsztg." folgende genaueren Mittheilungen: Das Landgericht in Hamburg hatte die Ansprüche der Kläger durch Urtheil vom 26. Mai 1900 zurückgewiesen, weil es der Ansicht war, daß die vom Bundesrath erlassenen „Grundsätze" von 1882 nicht die Eigenschaft einer Rechtsnorm besäßen, sondern als Verwaltungsvorschriften zu betrachten seien, auf die der einzelne Beamte nicht privatrechtliche Forderungen stützen könne. Auf die Berufung der Kläger gegen dieses Urtheil hob das Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg durch Erkenntniß vom 12. November 1900 das erstinstanzliche Urtheil auf und verurtheilte den Postfiscus zur Nachzahlung der beanspruchten Gehaltsbeträge. Gegen dieses Urtheil hat der Postfiscus beim Reichsgericht Berufung eingelegt. Es steht somit zu erwarten, daß demnächst durch die Entscheidung der höchstrichterlichen Instanz in diesem Processe eine endgiltige Klärung der Rechtsfrage erzielt werden wird. Unabhängig von dem Rechtsstreit in Hamburg sind auch noch Beamte der O.-P.-D.-Bezirke Berlin, Frankfurt (Main), Magdeburg und Oldenburg wegen der gleichen Forderung gegen den Reichspostfiscus klagbar geworden. Hier ist bis jetzt nur in einem Falle (Berlin) eine Entscheidung der ersten Instanz ergangen, durch die der Fiscus zur Erfüllung der Forderungen verurtheilt wird. Außerdem schwebt noch ein Proceß zweier Beamten in Bremen gegen den Postfiscus. Hier handelt es sich bisher nur um die Entscheidung der rein formellen Frage, ob in einer Erklärung des Beklagten vor der ersten Instanz ein bedingtes Anerkenntniß und ein bestimmtes Zahlungsversprechen im Sinne der Civil-Proceßordnung zu erblicken sei. Das Oberlandesgericht in Hamburg hatte diese Frage bejaht und den Fiscus wegen seines angeblichen Zahlungsversprechens zur Erfüllung der klägerischen Forderungen verurtheilt. Dagegen ist vom Postfiscus Revision beim Reichsgericht eingelegt worden und dieses hat in seinem Erkenntniß vom 20. December 1900 das Urtheil des Oberlandesgerichts aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Entscheidung an dasselbe Gericht zurückverwiesen, in der Sache selbst aber keine Entscheidung getroffen.

-|- **Berlin**, 19. Januar. (Die Zeugnißpflicht der Zeitungen.) Die Berathungen der Reichstags-Commission